

Partner für Konferenz gesucht

17 Ziele für eine bessere Welt

Bremen. Bremen und Bremerhaven planen für das kommende Jahr die zweite Konferenz zur „Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf lokaler Ebene“. Am 4. und 5. März 2019 laden die Hanse- und die Seestadt alle jeweiligen Partner- und Freundschaftsstädte zu einem internationalen Austausch über die 17 Ziele für eine bessere Welt bis 2030 mit dem sperrigen Titel „Sustainable Development Goals“ (SDG). Das teilt Timm Kroeger, Bremens Projektkoordinator für die kommunale Entwicklungspolitik, mit.

Bremen hat im September 2017 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ unterzeichnet und stößt nun einen Prozess an, um die Ziele (SDGs) besser umzusetzen. Zur Konferenz werden Delegierte aus anderen Städten und Fachleute erwartet, die sich austauschen. Ein erstes Treffen des Unterstützerkreises gab es am Montag im Ecos-Office-Center auf dem Teerhof. Die Koordinatoren suchen nun weiter nach Unternehmen, Organisationen, Vereinen und Institutionen, die sich in die Planung und das Projekt einbringen wollen. Für weitere Informationen ist der SDG-Projektkoordinator per E-Mail an tim.kroeger@ez.bremen.de oder telefonisch unter 3612194 erreichbar. PAF

Forschen, wie sich lernen lässt

Bremen. Lernen, aber wie? Auf Einladung der Unifreunde Bremen haben am Montagabend bei der elften „Conrad-Naber-Lecture Visionen“ Experten Ideen zu möglichen Antworten auf die so vieles entscheidende Frage vorgestellt. „Schließlich ist die Wissenschaft schon immer ein bedeutender Motor für alle gesellschaftlichen Entwicklungen gewesen und wird es auch künftig sein“, hatte der Unifreund und Moderator des Abends in der Handlungskammer, Christian Berg, vorausgesagt.

Anderthalb Stunden später griff Bildungssenatorin Claudia Bogedan diesen Faden am anderen Ende auf: Innovative Bildungspolitik werde „nicht goutiert“ sagte sie und bezog sich auf Erfahrungen im Bereich der Grundschulen: Die Abschaffung von Zeugnisnoten zugunsten einer individuellen Beurteilung des Leistungserfolgs der Kinder beispielsweise sei nicht gut angekommen in Bremen.

Als Hauptredner hatten Andreas Schleicher, Direktor für Bildung und Kompetenzen bei der OECD, und Roman R. Rüdiger, geschäftsführender Vorstand der Education Y, zuvor die Bedeutung der Digitalisierung im Bildungswesen hervorgehoben. Keine leichte Aufgabe – denn mit der Beschaffung von Technik ist es nicht getan.

„Wir müssen ohne instrumentellen Ansatz ausbilden, müssen für Berufe bilden, die es noch nicht gibt“, sagte Schleicher. „Fertigwissen“, das gepakt und auswendig gelernt werden könne, führe nicht weiter. Kernkompetenzen wie Empathie und Sozialverhalten seien bedeutsam. Übersetzen kann bald auch ein Computer, wir müssen das Interesse an anderen Kulturen wecken.“ Auch Rüdiger machte klar, „dass wir Antworten auf Probleme suchen, die wir noch nicht genau kennen.“ JR

Eine ausführliche Berichterstattung zur Conrad-Naber-Lecture lesen Sie in unserer Mittwochausgabe.

Polizei stoppt Reisebusse

Bremen. Mitarbeiter der Verkehrsüberwachung haben in der vergangenen Woche auf Bremens Straßen insgesamt 84 Busse und Lkw kontrolliert. Bei 64 dieser Fahrzeuge wurden unterschiedlichste Verstöße festgestellt, in 19 Fällen untersagten die Polizisten den Fahrern sogar die Weiterfahrt. Die Palette der Mängel war vielfältig. Es handelte sich um Verstöße gegen die Lenkzeit, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Geschwindigkeitsübertretungen, technische Defizite und Überladung.

Besonders auffällig waren drei Reisebusse, die ihre Fahrt nicht oder nur mit Einschränkungen fortsetzen durften. Die Fahrer hatten von zwei nahezu vollbesetzten Reisebussen ihre zulässigen Lenkzeiten so massiv überschritten, dass an eine Weiterfahrt nicht zu denken war, wie die Polizei Bremen am Montag mitteilte. Erst nachdem die jeweiligen Busunternehmen einen Ersatzfahrer zum Kontrollort auf dem Autohof Hemelingen sandten, konnten zumindest die Fahrgäste weiter befördert werden.

Bei einem niederländischen Doppelstock-Reisebus waren mehrere Scheiben im Oberdeck so beschädigt, dass die Fahrgäste dort nicht mehr sicher transportiert werden konnten. Der Bus war nicht voll besetzt, sodass alle Passagiere im unteren Bereich Platz fanden und eine Sperrung des Oberdecks für die Beförderung bis zum nächsten Ziel ausreichte. Gegen das Busunternehmen und den Fahrer wurden entsprechende Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet, erklärte die Polizei. MAA



Nachtlicht in der Sögestraße

Bremen zentral: Diese Aufnahme mit der Sögestraße zählt zur fotografischen Ausbeute bei einem Nachtflug. Fotograf und Pilot Robert Grahn aus Berlin ist Ende September über Bremen unterwegs gewesen und hat Lichter der Großstadt eingefangen. „Man sieht eine Stadt so mit ganz anderen Augen“, sagt Grahn. Das liegt natürlich nicht nur am Licht, das sich in den Abendstunden besonders schnell verwandelt: „Irgendwann ist niemand mehr in den Büros und Geschäften.“ Vielen dürfte auch die Perspektive neu sein. Mit einem Verkehrsflugzeug nimmt man gewöhnlich eine andere Route. Mit seiner einmotorigen Cessna darf Grahn bis auf 350 Meter hinunter gehen über den Schweinen und was die City des nachts noch zu bieten hat.

TEXT: JR/FOTO: EUROLUFTBILD.DE/ROBERT GRAHN

Weitere Nachtaufnahmen, die Robert Grahn über Bremen aufgenommen hat, sind in den kommenden Tagen im WESER-KURIER zu sehen.

Unfallfahrer bleibt unbehelligt

Mutmaßlicher Parkplatzrempler identifiziert – Opfer wundert sich über Ermittlungsbehörden

VON RALF MICHEL

Bremen. Es klingt nach einem einfachen Job für die ermittelnden Polizisten: Als sie zu einer Fahrerflucht auf den Parkplatz einer Gaststätte gerufen werden, stellt sich nicht nur heraus, dass es eine Videoaufnahme von dem Unfall gibt – der klassische Parkplatzrempler, beim Ausparken wird die Stoßstange eines anderen Wagens eingedellt. Nein, zudem kann sich eine Bedienung des Lokals auch noch an den Fahrer erinnern. Und er hat mit Kreditkarte bezahlt ...

So geschehen am 22. August auf dem Parkplatz des Grollander Kruges. „Die Polizei war innerhalb von zehn Minuten vor Ort und hat den Unfall aufgenommen“, erzählt Bernd Nieke-Meyer. Ihm gehört der Wagen, der beim Ausparken beschädigt wurde. Auf dem Video sei das Kfz-Zeichen des flüchtigen Fahrers gut erkennbar gewesen und durch die Zahlung mit der Kreditkarte habe die Polizei einen weiteren Beleg gehabt. „Ich bin davon ausgegangen, dass die Angelegenheit schnell geklärt wird.“ Doch damit lag das Unfallopfer falsch. „Bis heute fahre ich mit dem beschädigten Auto.“ Mehr als 2000 Euro betrage der entstandene Sachschaden, doch bislang habe es kein Lebenszeichen vom Unfallverursacher gegeben, berichtet Nieke-Meyer. Zu einer Vorladung der Polizei sei er nicht gekommen. „Meine Anwältin hat daraufhin die gegnerische Versicherung angeschrieben.“ Ebenfalls erfolglos. „Der Fahrer hat sich auch bei seiner Versicherung nicht gemeldet.“

Die Adresse des Unfallverursachers kennt Bernd Nieke-Meyer nicht. Durch eigene Recherchen sei es ihm aber gelungen, Kontakt zu dessen beiden Söhnen aufzunehmen. Die hätten ihm berichtet, dass ihr 75-jähriger Vater in der vergangenen Zeit schon mehrere

ähnliche Unfälle verursacht habe, ohne sich weiter darum zu kümmern. Und dass dabei auch Alkohol eine Rolle gespielt haben soll.

Mit diesen Informationen wandte sich Nieke-Meyer erneut an die Polizei. Der zuständige Sachbearbeiter sei allerdings alles andere als erfreut gewesen, erzählt er. „Der war stinkesauer über die Einmischung. Dadurch würde seine polizeiliche Arbeit gestört.“ Letztlich habe der Beamte ihm mitgeteilt, dass der Vorgang inzwischen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden sei, das Ganze aber Monate dauern könne. „Und bis dahin fährt ein fahruntüchtiger alter Herr durch die Gegend und verursacht Sachschäden, bis er eines Tages einen Menschen anfährt?“, wundert sich Bernd Nieke-Meyer. „Wie kann so etwas möglich sein?“

Vorwurf: Alkohol am Steuer

Die Bremer Polizei äußert sich mit Hinweis auf das noch laufende Verfahren nicht zu diesem Fall, bestätigt aber, dass die Akte sich bei der Staatsanwaltschaft befindet. Wenn die Polizei Kenntnis von einer Verkehrsunfallflucht erhält, fertigen die eingesetzten Polizisten eine Strafanzeige, dokumentieren die

Beweise und nehmen Ermittlungen auf, erläutert Polizeisprecher Nils Matthiesen das Vorgehen in einem solchen Fall. Zuständig bis zur Abgabe der Akte an die Staatsanwaltschaft ist dann das Verkehrskommissariat.

Ein Fahrverbot oder den Entzug des Führerscheins kann im Ermittlungsverfahren verhängt werden, erfolgt aber grundsätzlich durch das Gericht oder die Ordnungsbehörde. „Fahrerlaubnisrechtliche Sofortmaßnahmen durch die Polizei kommen nur unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht“, betont Matthiesen. Etwa, wenn Einsatzkräfte oder Ermittler feststellen, dass jemand nicht geeignet ist ein Kraftfahrzeug zu führen. „Dann erhält die Fahrerlaubnisbehörde umgehend Kenntnis von uns.“

Hörsagen allein reiche dafür aber nicht. Besteht der Verdacht, dass jemand regelmäßig unter Alkoholeinfluss mit dem Auto unterwegs ist, werde das zuständige Polizeirevier informiert und die Kollegen hätten im Rahmen ihrer Streifen einen Blick drauf. Wird jemand alkoholisiert am Steuer angetroffen, trifft die Polizei Sofortmaßnahmen wie die Entziehung der Fahrerlaubnis und Sicherstellung der Autoschlüssel. Anschließend wird die

Fahrerlaubnisbehörde informiert, die dann dauerhafte Maßnahmen wie ein Fahrverbot oder die Entziehung der Fahrerlaubnis vornimmt, erklärt Matthiesen.

Auch Frank Passade, Sprecher der Bremer Staatsanwaltschaft, unterstreicht, dass die Angaben von Bernd Nieke-Meyer allein nicht ausreichen, um den Unfallverursacher aus dem Verkehr zu ziehen. „Das mag ja alles richtig sein, was er erzählt, aber solange der ältere Herr nicht erwischt wird ...“ In den Akten tauche der vermeintliche Täter mit keinem anderen Verkehrsdelikt auf und sei auch strafrechtlich noch nie aufgefallen. Passade sieht in diesem Fall die Angehörigen des Mannes gefordert. „Wenn er denn wirklich alkoholisiert fährt, müssten eventuell mal seine Söhne tätig werden.“

Einmischung „nicht immer sinnvoll“

Zur Frage der „Einmischung“ von Bernd Nieke-Meyer, äußert sich Polizeisprecher Matthiesen diplomatisch. Natürlich sei die Polizei grundsätzlich immer auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Und die Verfahrensbeteiligten hätten das Recht, Beweisanträge in das laufende Verfahren einzubringen. Hinweise für die laufende Ermittlung könnten der Polizei auch nachträglich mitgeteilt werden. Andererseits: „Dass Bürger eigene Ermittlungen durchführen, ist dabei nicht immer sinnvoll, weil sie damit vielleicht laufende Ermittlungen gefährden oder sich selbst in Gefahr bringen könnten.“ Die Ermittlungen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten obliegt den Strafverfolgungsbehörden wie Polizei, Staatsanwaltschaft oder Ordnungsamt. Zumindest diese Nachricht hat Nils Matthiesen dann aber doch für Bernd Nieke-Meyer: „Wir schauen uns den Vorgang noch einmal an und prüfen, ob die Abläufe bei der Polizei stimmig waren.“

Fast jeder vierte Unfallfahrer flüchtet

Laut Polizei flüchtet in Bremen nahezu jeder vierte Unfallfahrer. 2017 wurden 5844 solcher Fälle registriert. Knapp 40 Prozent davon konnte die Polizei anschließend trotzdem ermitteln. Eine hohe Anzahl dieser Unfälle ereignen sich im ruhenden Verkehr, sogenannte Parkplatzrempler, die nur leichte Sachschäden zur Folge hatten. Die Polizei weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht ausreicht, einen Zettel mit einer kurzen Entschuldigung und der Kontaktmöglichkeit an der

Windschutzscheibe des beschädigten Wagens zurückzulassen. „Gut gemeint, aber nicht korrekt“, sagt Polizeisprecher Nils Matthiesen. „Wer nicht einen angemessenen Zeitraum auf den Geschädigten wartet oder die Polizei ruft, entfernt sich unerlaubt vom Unfallort und begeht somit eine Verkehrsunfallflucht.“ Je nach Schadenshöhe drohen dann neben einer Geldstrafe mindestens zwei Punkte in Flensburg, ein Fahrverbot oder sogar Führerscheinentzug nicht unter sechs Monaten.

„Parkplätze reduzieren und Bußgelder erhöhen“

Diplom-Geografin Uta Bauer vom Deutschen Institut für Urbanistik erklärt, wie die Verkehrswende in Bremen gelingen kann



Uta Bauer (61) ist als Diplom-Geografin seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Seit 2018 ist Bauer Teamleiterin Stadt- und Regionalverkehr.

Wie bewerten Sie den Stand der Verkehrswende in Bremen?

Uta Bauer: Insgesamt kann man sagen, dass es eine Verkehrswende in Deutschland kaum gibt. Der motorisierte Individualverkehr wächst immer weiter. Es ist auch in Bremen zu erleben, dass immer mehr Autos den gleichen Straßenraum belasten. Ein grundsätzliches Umsteuern hat nicht stattgefunden. In Bremen ist die Situation aufgrund des relativ hohen Anteils an Fahrradfahrern und dem gut ausgebautem stationärem Carsharingangebot vergleichsweise etwas besser als in anderen Städten. Grundsätzlich haben alle Städte mit den gleichen Problemen zu kämpfen.

Wo hakt es am meisten?

Das größte Problem ist, dass der Autoverkehr im Straßenverkehrsrecht Privilegien genießt,

Wie sind diese Probleme zu lösen?

Ein wichtiger Schritt wäre es, zu schauen, welche Nutzungen im Verkehr inaktiv sind – also das Parken. Verschiedene Statistiken belegen, dass Autos im Durchschnitt 23 Stunden am Tag nicht genutzt und nur eine Stunde bewegt werden. Amsterdam oder Kopenhagen haben das zum Anlass genommen, um als erstes an die Parkflächen ranzugehen. Das würde ich jeder Stadt empfehlen. Auch in Bremen wird illegales Parken – wie das Gehwegparken – toleriert. Da müssen die Städte dringend schrittweise umsteuern. Die Stellplätze müssten zudem reduziert werden, denn es ist nachgewiesen, dass Parkflächen den Verkehr erzeugen.

Was sollte also getan werden?

Die Stadt müsste die Parkgebühren erhöhen. In Bremen kostet ein Parkplatz durchschnittlich

maximal zwei Euro pro Stunde – das ist zu billig. Der ÖPNV erhöht seine Preise fast jährlich, die Parkgebühren in Bremen wurden lange nicht mehr angepasst. Da tut sich eine Lücke auf. Es gibt Ideen, dass beispielsweise E-Autos oder Kleinwagen weniger Parkgebühren zahlen, es für Carsharing umsonst ist und beispielsweise Geländewagen (SUVs), weil sie mehr Fläche brauchen, mehr zahlen.

Das Parken ist also der Schlüssel?

Es ist doch paradox, überall wo Parken nicht ausdrücklich verboten ist, ist es erlaubt. Daraus kann man fast ein Grundrecht ableiten. Das müsste eigentlich umgekehrt sein. Das Falschparken muss zudem mehr kontrolliert werden. Es kann nicht sein, dass man fürs Schwarzfahren 60 Euro zahlt und als Wiederholungstäter mit einem Bein im Gefängnis steht, aber Falschparker nur 15 bis 20 Euro zahlen müssen und es so oft machen können wie sie wollen. Im internationalen Vergleich sind wir bei den Bußgeldern für Falschparker sehr billig. Die Strafen müssen kräftig hoch, um Kommunen mehr Steuerungsinstrumente an die Hand zu geben.

Welche Schritte gehören noch dazu?

Natürlich muss auch der öffentliche Nahver-

kehr (ÖPNV) attraktiver werden. Das 365-Euro-Jahresticket in Wien ist sehr erfolgreich und lockte viele Menschen in Busse und Bahnen. Das wird ja auch in Bremen diskutiert. Dem Rad- und Fußverkehr muss zudem mehr Platz eingeräumt werden. Dazu braucht man Flächen. Wir können den Verkehrsraum in der gebauten Stadt nicht vergrößern, sondern er muss umverteilt werden. Städte wie Freiburg, München, Karlsruhe oder Münster bemühen sich bereits sehr. Das ist aber auch mit unheimlich viel Widerstand verknüpft. Parkraummanagement muss vorbereitet und kommuniziert werden. Die Politik ist da in Bremen wie in vielen Städten ein Hemmschuh, die Verwaltung würde aber gerne mehr machen und ist in der Hinsicht schon weiter. Hinzu kommt, dass es der Bundesgesetzgeber den Kommunen nicht leicht macht.

Das Interview führte Pascal Faltermann.

Die Bewirtschaftung von Parkraum ist Thema eines Fachtags an diesem Dienstag, zu dem das Bremer Bündnis für die Verkehrswende einlädt. Ab 15 Uhr spricht im Wallsaal der Stadtbibliothek (Am Wall 201) auch Uta Bauer. Die Teilnahme am Fachtag ist kostenlos, Anmeldung per E-Mail an: bremen@vcd.org.